



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 2,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankafen nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 30. Oktober bis 5. November ist die Beitragsmarke in das mit 45 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Ascherzleben hat den Ortsbeitrag für männliche Mitglieder auf 75 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 50 Pf. festgesetzt.

Die Mitglieder in Cottbus haben beschloffen, den Lokalbeitrag ab 1. Oktober von 10 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen.

Die Zahlstelle Glogau hat ab 1. Oktober den Ortsbeitrag auf 50 Pf. erhöht.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand,  
J. A. C. Bucher, 1. Vorf.

## Die Verbände des graphischen Bundes

Eine Uebersicht des vergangenen Jahres für unsern Verband ist den Mitgliedern bereits gegeben. Nachfolgend ist Wesentliches von den andern Organisationen im graphischen Gewerbe mitgeteilt. Die Angaben beschränken sich meist auf das Jahr 1920, sie sind den Jahresberichten der betreffenden Verbände entnommen.

Die bedeutendste Organisation im graphischen Gewerbe ist der Verband der Deutschen Buchdrucker. Er ist richtunggebend nicht nur auf lohn-tariflichem Gebiete, sondern er gehört auch in organisatorischer Hinsicht zu den am festesten gestützten und darum kräftigsten Verbänden. Es wird wohl wenig Buchdrucker noch geben, die unorganisiert sind. Eine Anzahl Buchdruckergehilfen ist allerdings in einer sogenannten christlichen Organisation vereinigt, spielt aber im Organisationsleben der graphischen Arbeiterschaft nur eine untergeordnete Rolle. Bis zu welchem Grade wir Hilfsarbeiter von den Buchdruckern organisatorisch und beruflich abhängig sind, hat uns das vergangene Jahr vollumfänglich bewiesen. Dieser Beweis wird für viele in unsern Reihen nicht mehr notwendig gegeben sein, sie wußten es schon, auch ohne die Ereignisse des Jahres 1920 voraussehen und erlebt zu haben.

Die Erfolge, die der Verband der Deutschen Buchdrucker auf tariflichem Gebiet im vergangenen Jahre erzielt hat, sind unsern Mitgliedern genau bekannt. Sie wurden schon im Jahresbericht unseres Verbandes entsprechend gewürdigt, da wir an allen Leuerungsstufen der Gehilfen, soweit die Mitglieder in Buch- und Zeitungsdruckereien beschäftigt waren, unsern Teil hatten. Es war gewöhnlich so, daß die Buchdrucker einen Vorstoß machten und wir uns jedesmal anschlossen. Die gewerkschaftliche Ruhe konnte auf andere Art auch nicht erhalten werden, es sind darum im Buchdruckergewerbe die unteilbaren Verhältnisse, wie wir sie jetzt noch im Steindruck haben, beseitigt worden. Die Gehilfen, die sich natürlich in erster Linie sehr energisch für ihre Forderungen einsetzten, wußten wohl, daß sie die zentralen Abmachungen nur einhalten konnten, wenn sie unterstützt durch Lohnbewegungen einer anderen Arbeitergruppe nicht daran gehindert würden. Die Zusammenarbeit mit der Organisationsleitung der Buchdrucker ist im vergangenen Jahre durch das Kartellverhältnis im Graphischen Bunde noch gefördert worden.

Mit dem Ende des Jahres 1920 war die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, die seit dem Jahre 1896 ununterbrochen bestand, abgelaufen. Von den Gehilfen sowohl wie auch von den Prinzipalen war der Tarif zum Jahresabschluss gekündigt worden. Ueber den Ausgang der Tarifverhandlungen, die vom 25. Oktober bis zum 9. November dauerten, hat die „Solidarität“ damals eingehend berichtet. Während die gewante Schaffung eines Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe nicht gelang, kam es bei diesen Tarifverhandlungen zum Abschluß des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal, der dem Deutschen Buchdruckerarbeitsrat angegeschlossen wurde. Der Abschluß des Gehilfentarifs wurde durch die Mitglieder des Buchdruckerverbandes in einer Urabstimmung aufgegeben.

Im Berichtsjahre hielt der Verband seine zehnte Generalversammlung in Nürnberg ab. Ueber den Verbandsrat der Buchdrucker, an dem unsererseits der Verbandsvorsitzende Kollege Bucher als Gast teilnahm, sind die Mitglieder unterrichtet worden. Es kam dort auch ein Beschluß zustande, nach dem der Organisation der Buchdrucker eine Lehrhilfsabteilung angegliedert wurde, die es im letzten Vierteljahr des Berichtsjahres auf 11 560 Mitglieder brachte.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker zählte am Schlusse des Jahres 73 002 Mitglieder. Die Organisation hatte eine Zunahme von 2570 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Fluktuation war im Verlande nach Beendigung des Krieges nicht gering. Hauptächlich ist wohl der Mitgliederabgang auf Berufsänderung zurückzuführen. In den Jahren 1919 und 1920 melbten sich aus diesem Grunde 5158 Mitglieder ab und trotzdem wird angenommen, daß noch 4500 bis 5000 Mitglieder in andern Berufen tätig sind.

Aus der Abrechnung der Verbandskasse für 1920 geht hervor, daß die gesamten Einnahmen einschließlich des Verbandsvermögens 24 775 462,21 Mk. betragen. Das Vermögen des Verbandes stellte sich auf 16 522 028,30 Mark. Dazu kommt der Vermögensbestand in den Gaue von 5 095 493,08 Mk. Natürlich standen den Einnahmen auch verhältnismäßig große Ausgaben gegenüber. Die Arbeitslosenunterstützung beanspruchte allein 1 931 258 Mk., was 18,7 Prozent der Beitragseinnahmen ausmacht. 10,1 Prozent der Jahresbeiträge, nämlich 1 030 685,90 Mk. wurden für Kranke aufgewendet. Der „Korrespondent“ erforderte einen Zuschuß von 1 332 093,52 Mk. (12 Prozent der Beitragseinnahmen). Nicht man von den Gesamteinnahmen die Ausgaben ab, so ergibt sich ein Plus von 3 478 989,23 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung war die größte Ausgabe, sie zeigt, wie schlecht der Beschäftigungsgrad im Buchdruckergewerbe während des vergangenen Jahres war.

Die Tätigkeit der Lithographen und Steindrucker erstreckte sich auch wie bei allen andern und nicht nur den graphischen Verbänden auf tariflichem Gebiete zur Besserstellung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder. Die Lithographen und Steindrucker waren im vergangenen Jahre Teilhaber an 7 Reichstarifen. Im ganzen wurden 27 Tarife abgeschlossen. Die 1954 Betriebe mit 13 189 Arbeitern umfaßten. An den Lohnbewegungen, von denen 81 gezählt wurden, und die sämtlich erfolgreich endeten, waren 52 296 Mitglieder beteiligt. Daraus geht hervor, daß die einzelnen Mitglieder des Verbandes mehr als einmal den Unternehmern ihre Forderungen einreichten. In den weitaus meisten Fällen wurden durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisation und der Unternehmer die Bewegungen zum Abschluß gebracht.

Nur achtmal kam es zum Streit. Bei der engen Zusammenarbeit unserer Kollegen und Kolleginnen im Steindruckergewerbe mit den Gehilfen werden wir von ihren Lohnbewegungen meistens sehr eng berührt. Da für uns ein zentrales Tarifverhältnis mit den Steinbrucker-Unternehmern nicht besteht, fürten wir mandmal bei unseren Lohnbewegungen das vertrauliche Verhältnis der Gehilfen. Schuld daran trägt natürlich die Paßlosigkeit der Unternehmer, die es oft ohne Grund zur Arbeitseinstellung kommen lassen, obwohl es für sie besser wäre, auch die Arbeitsverhältnisse des Hilfs-personals allgemein vertraglich zu regeln.

Der Mitgliederbestand im Verlande der Lithographen und Steindrucker betrug am Schlusse des Berichtsjahres 18 952. Darunter befinden sich 465 weibliche Mitglieder. Die Mitglieder verteilen sich auf 140 Zahlstellen. Den höchsten Stand hatte der Verband im dritten Vierteljahr mit 19 086 Mitgliedern erreicht. Außer Beruf arbeiteten am Jahresabschluss 1428 Gehilfen. Die größte Sparte im Verband sind die Steindrucker mit 8521 Mitgliedern. Nach ihnen kommen die Lithographen mit 3701, dann die Chemigrafen mit 3081, Photographen mit 1447, Lichtdrucker mit 567, Kupfer- und Tiefdrucker mit 454, die Formstecher, Votensstecher und Holzgraphen sind ebenfalls im Steindrucker Verband organisiert. Bis auf die Photographen sind die Angehörigen des Steindruckergewerbes fast reiflos organisiert. Die „Graphische Presse“ schrieb anlässlich einer Besprechung des Berichtes über das Verbandsjahr 1920 in Bezug auf die Unorganisierten: „Was außerhalb der Photographie noch an unorganisierten Berufsarbeitern herumkraucht, ist bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht organisations- und aufnahmefähig.“

Die Klassenverhältnisse des Verbandes nennt die Organisationsleitung „im allgemeinen nicht schlecht“.

Die Einnahmen waren, wie wo anders auch, hauptsächlich aus den Beiträgen erzielt worden. Die Gesamteinnahmen betragen 2 408 265,49 Mk., die Ausgaben 2 112 801,41 Mk. An Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband 2 627,37 Mk. Nicht gering waren aber auch die Ausgaben, die die Lohnbewegungen, Streiks und Tarifverhandlungen verursachten. Sie stellten sich insgesamt auf 1 405 400 Mk. Diese Summe wurde aber gut verzinst, denn an Vohnerhöhungen brachte der Verband seinen Mitgliedern wöchentlich 1 052 311 Mk. Am Jahreschluss war in der Zentrale und in den Lokalstellen ein Vermögen von 960 047 Mk. vorhanden.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker war bisher von einer organisierten kommunistischen Opposition verschont geblieben.

Dem Verlande der Buchbinder und Papierarbeiter brachte das Jahr 1920 die schon seit langem angestrebte Schaffung zentraler Tarifabschlüsse, durch die fast alle Berufsangehörigen erfasst wurden. Die Arbeiter in der papierverarbeitenden Industrie, die als Tarifkontrahenten in Frage kommen, haben sehr gute Organisationen und zeigten bei den Tarifabschlüssen und zentralen Vohnerhandlungen, über die wir verschiedentlich in der „Solidarität“ berichtet haben, oft nicht genügendes soziales Verständnis für die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die starke Mitgliederzunahme im Buchbinderverband hat die Organisation auf rund 79 500 Mitglieder gebracht. In einem Zeitraum von 1 1/2 Jahren haben sich mehr als 50 000 Berufsangehörige bei den Buchbindern organisiert. Der außerordentlich schlechte Beschäftigungsgrad im Buchbindergewerbe stand der Mitgliederbewegung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ungünstig gegenüber. Trotzdem wurden im Jahre 1920 noch 39 000 Berufsangehörige neu aufgenommen. Der Buchbinderverband schätzte die Zahl der noch unorganisierten Buchbinderearbeiter und -arbeiterinnen auf etwa 50 000. 70 Prozent der Organisierten sind weibliche Mitglieder. Das Verbandsgebiet ist in 13 Gaue mit 180 Zahlstellen eingeteilt. Nach der Brandeneinteilung stellen die Buchbinder das größte Kontingent der Mitgliedschaft, nämlich 39,6 Prozent. Ihnen folgen die Karton- und Zurskartonarbeiter mit 27,1 Prozent und die Papierwarenarbeiter mit 17,3 Prozent. Die restlichen 16 Prozent verteilen sich auf noch acht Berufsgruppen.

Der Buchbinderverband ist bei seinen Bestrebungen, für die Mitglieder tarifliche Verhältnisse zu schaffen, auch mit dem Deutschen Buchdrucker Verein in Verbindung getreten. Seine Bemühungen waren aber nicht von Erfolg gekrönt. Bei den Januarverhandlungen um einen Reichstarif für das Deutsche Buchbindergewerbe trat der D. B. V. vom Abschluss zurück. Bei den Aprilverhandlungen gaben seine Vertreter ihre Unterschrift zu dem Vertrag nur unter Vorbehalt, da die Generalversammlung des D. B. V. endgültig entscheiden sollte. Diese lehnte aber ab, und so war es dem Buchbinderverband bis zum Jahresabschluss nicht möglich, für die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinderearbeiter und -arbeiterinnen tariflich acregte Verhältnisse zu schaffen. In einem Reichstarifvertrag kam es erst im Februar dieses Jahres.

Die finanzielle Entwicklung des Verbandes kann für das Jahr 1920 als am ansehnlichen werden. Der Vermögensbestand hatte eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen, der sich gegen das Vorjahr auf 2 164 285,56 Mk. belief. Das Gesamtvermögen ist auf mehr als 4 1/2 Millionen Mark gestiegen. Auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes entfallen davon 57,53 Mk. Den gesamten Einnahmen des Verbandes von rund 5 Millionen standen Ausgaben von etwa 3 1/2 Millionen gegenüber. Für Unterhaltungszwecke mußten insgesamt rund 500 000 aufgewendet werden. Dabei ist die berechnete für Vohnerhöhungen und Streiks war allein eine Ausgabe von mehr als 600 000 Mk. notwendig, dabei sind aber 130 000 Mk. für die Veranlagungen des Tarifauschlusses mit einbezogen.

Auch der Buchbinderverband hatte gegen die Verhinderung der von Moskau beauftragten Kommunisten schwer anzukämpfen. Der Verbandsvorstand wurde vom Beirat darin kräftig unterstützt, so daß die Zellenbauer nicht viel Glück mit ihrer Arbeit hatten.

Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter kann das Resultat seiner Arbeiten im vergangenen Jahre als recht befriedigend bezeichnen. Die Vergrößerung und Stabilisierung seiner Mitgliedschaft, die gute finanzielle Entwicklung und nicht zuletzt die unter vielen

Schwierigkeiten endlich gelungene Schaffung von Reichstaxen für fast alle seine Mitglieder stellen gute organisatorische Erfolge dar. Denn auch für die Buchbinder und Papierarbeiter eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung nicht erreicht werden konnte, so treten sie damit das Schicksal auch der anderen graphischen Berufe, mit denen sie im Graphischen Bund gemeinsam über alle das Gewerbe betreffenden Angelegenheiten beraten. Im Buchbinderverband finden wir die eifrigsten Förderer und Bevollmächtigten des Graphischen Industrieverbandes.

## Soziale Auslandschronik

Die Macht der Organisation. In den letzten Jahren hat sich in Indien eine starke Gewerkschaftsbewegung entwickelt. In diesem riesigen Lande, wo die Arbeiterverhältnisse gegenwärtig noch menschenunwürdig und von barbarischer Unbarbarität sind, konnte nur der Zusammenschluß der Arbeiter einen Wandel schaffen. Der Zigaretten- und Meublen-Industrie eine sozialpolitische Gesetzgebung für Indien angeregt (Unfallversicherung, Schlichtungsausschüsse usw.). In seiner Rede vor dem Parlament, das sein Programm infolge der neuen Gewerkschaftsbewegung zustande kam, er sagte u. a.: „Die Regierung sieht, daß die Arbeiter Indiens in den letzten Jahren zum Bewußtsein ihrer sozialen Bedeutung erwachten, und sie ist bereit, dieser veränderten Lage Rechnung zu tragen.“ Und weiter: „Die Zahl der Gewerkschaften hat sich in letzter Zeit sehr erhöht und wir müssen daher zur Anerkennung derselben Gewerkschaften, welche richtige Arbeiterorganisationen sind, schreiten.“

Ein merkwürdiges Wettrennen. In den Vereinigten Staaten ist durch ein neues Gesetz die Zahl der Einwanderer aus den einzelnen Ländern beschränkt worden; es darf nur eine im Verhältnis bestimmte Zahl von Einwanderern in jedem Monat das amerikanische Ufer betreten. Am 1. September entspann sich ein Wettrennen zwischen sieben Zerstörern, von welchen jedes als erstes den Hafen von New York zu erreichen trachtete, damit ihre Passagiere noch aufgenommen würden. Auf einem jeden dieser Schiffe befanden sich nämlich mehr Voten, Griechen usw., als während eines ganzen Monats aus diesen Ländern einwandern dürfen. Die Reisenden auf den Schiffen, welche im Rennen zu rückblieben, mußten in ihre Heimat zurückkehren. Und die glücklichen Zerstörer, welche den Hafen betreten durften? Vielleicht haben sie nur die Zahl der Arbeitslosen — es sind 5 oder 6 Millionen — erhöht.

Arbeitslosenunterstützung der fremdländischen Arbeiter. Die Schweiz hat nunmehr fünf Staatsverträge abgeschlossen: mit Deutschland, Italien, der Tschechoslowakei, Luxemburg und Liechtenstein — nach welchen den aus diesen Ländern stammenden Arbeitslosen gegenseitig die gleiche Unterstützung gewährt wird, wie den eigenen Staatsbürgern.

Die Wirkung der Lohnreduktionen. Wie die Kaufkraft der Arbeiterschaft infolge der Lohnreduktionen, der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vermindert wurde, beweist die Statistik der englischen Gewerkschaften, welche vier Millionen Arbeiterfamilien mit Bedarfsartikeln versehen. Die Großverbraucherorganisation von Manchester verzeichnet für die erste Hälfte des Jahres einen 17 prozentigen Rückgang des Warenumsatzes im Vergleich zu der entsprechenden Periode des Vorjahres, die von Glasgow einen Rückgang von 10,5 Prozent. Beide Gewerkschaften haben sehr hohe Verluste erlitten. Allerdings trägt auch der

Preisrückgang zur Verminderung des Umsatzes bei. Der Umsatz in Lebensmitteln ist am wenigsten zurückgegangen, da diese am unentbehrlichsten sind. In der oben erwähnten Umsatzverminderung von durchschnittlich 17 Prozent ist der Rückgang im Absatz von Möbeln und Hausgeräten mit 36 Prozent, von Bekleidungsartikeln mit 55—59, von Schuhwaren mit 56—63 Prozent angegeben.

Der große Streit in der nordfranzösischen Textilindustrie. Seit mehr als acht Wochen dauert schon der Streit in der nordfranzösischen Textilindustrie. Der Opfermut der Streikenden und die Solidarität der Arbeiterschaft — sie muß 600 000 Francs pro Woche für die Streikenden aufbringen — ermöglichten die Weiterführung des schweren Lohnkampfes. Die Unternehmer haben bis zuletzt eine unverantwortliche Zerschneidung an den Tag gelegt; sie verbotenen alle Vermittlungs- und Einigungsversuche und verweigerten das Verhandeln mit der Arbeiterschaft. Die Regierung leitete eine Vermittlungskommission ein und die Gewerkschaft hat ihren Schiedsspruch im vorhinein anerkannt, doch wollten sich die Arbeitgeber einem solchen Schiedsspruch nicht unterwerfen. Zu guter Letzt, unter dem Druck der Verhältnisse, erklärten sich die Unternehmer bereit, die geplante Lohnherabsetzung von 20 Centimes pro Stunde auf die Hälfte zu reduzieren. Die Streikleitung konnte auch dies nicht annehmen, da die steigenden Kosten der Lebenshaltung eigentlich eine Lohnerhöhung erfordern würde.

## Zum Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion

Der Genossenschaftsgebante hat im Laufe der Jahre erfreulicherweise auch in den Gewerkschaftskreisen immer tiefere Wurzeln geschlagen, und dennoch kann das vorliegende Ergebnis nicht denjenigen befriedigen, der eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann für möglich hält, wenn anstelle der bisherigen regellosen Profitwirtschaft die gemeinnützige Bedarfsdeckungs-wirtschaft zur vorherrschenden Wirtschaftsform angewandt ist.

Zu der Vorkriegszeit haben sich wiederholt die deutschen Arbeiterparlamente mit Konsumgenossenschaftsfragen beschäftigt. Erwähnenswert sind insbesondere der 6. Arbeiterkongress in Berlin 1905 und der Hamburger Gewerkschaftskongress 1908. Der Letztere unterrichtete noch einmal den Beschluß von 1905: „daß jedes Gewerkschaftsmittglied verpflichtet sei, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch seinen Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen auf tatkräftigste zu unterstützen usw.“ Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung spricht dafür, daß dieser Appell nicht ohne Wirkung blieb, wie folgende Gegenüberstellung aus der Entwicklungsgeschichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ergibt:

Jahr	Mitgliederzahl	Beschäftigte Personen	Gesamtumsatz M.	Eigenproduktion M.
1905	718 332	9 587	230 555 260	20 878 598
1910	1 169 723	18 743	429 391 261	64 856 248
1914	1 705 022	30 144	691 404 552	129 295 651
1920	2 724 704	40 498	4 235 188 535	560 907 353

Stellt man diesem gegenüber in Betracht, daß inzwischen die Zahl der im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaftsmittglieder auf ca. 8 Millionen angewachsen ist, so erscheint die Zahl der im Zentralverband deutscher Konsumvereine vereinigten

Mitglieder von ca. 3 Millionen verhältnismäßig gering. Die britische Arbeitererschaft hat schon seit langem und in erheblichem Maße den Wert und die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung erkannt, verfügen doch die englische und die schottische Grobtextilgesellschaft über nicht weniger als 181 eigene Fabriken und umfangreichen Kolonialbesitz in fast allen Erdteilen. Trotz der erheblich geringeren deutschen Genossenschaftsbewegung fordert erneut die deutsche Arbeitererschaft ihre Standesgenossen zum Kampfe auf, gegen die aufblühende Konsumvereinsbewegung, indem sie schreibt: „Bereits ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist konsumgenossenschaftlich organisiert. Konsumvereine und ihre Bestrebungen müssen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpft werden! Deutscher Kaufmann, rüste dich zur Gegenwehr!“

Die Konsumvereine leiden augenblicklich unter den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung und der ins Ungeheure angewachsenen Geschäftsumfängen. Kollegen, weicht Euch gegen Konsumvereine und sonstige Widerstände unserer Standes! Folget! Denkt an Eure Zukunft und die Eurer Kinder! Laßt kein Mittel unberücksichtigt, Eure Besitz zu erhalten! — Das heißt auf den Deutscher „Werttätiges Volk rüüste nicht an dem vermeintlichen Recht der Krämmer, sich auf Kosten der Verbraucher zu bereichern.“ — Im nächsten Widerpruch zu dem Kampfruf der sich bedrängt fühlenden Krämerkreise stehen, finden wir in der Zeitschrift „Die Menschheit“ einen Artikel betitelt „Die Entente und wir“, in welchem der Freiherz v. Serman, Leaktionsrat a. D. schreibt: „Schließt Euch doch endlich zusammen, Ihr deutschen Werttätigen, in Eurer Eigenschaft als Verbraucher! Tragt als in Massen organisierter Verbraucher in Eure Genossenschaftskassen die Millionen und Milliarden, die Ihr bei achtlosenden von Krämmern unruhig verzeckelt! Sorgt in Euren rein demokratischen Konsumgenossenschaftskassen dafür, daß ihre Eigenproduktion mit doppelter und dreifacher Beschleunigung emporschnele! — In den auf der Grundlage des organisierten Verbrauches rasch entstehenden Genossenschaftsfabriken werdet Ihr die systematische Ordnung, die denbar vollkommenste Organisation in die eigene Hand nehmen. Praktische Beispiele des genossenschaftlichen Wollens und Könnens liefern uns bereits der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Großtextilgesellschaft Deutscher Konsumvereine u. v. S., Hamburg, die mit ihren mehr als 100 angeschlossenen Genossenschaften jetzt schon Milliardenumsätze erzielen und gemeinwirtschaftlich im Großen Waren erzeugen. Um Größeres zu erreichen, dazu gehört: Der Entschluß der Vielen zum einmütigen Handeln!“

Der Willen zur Tat ist vorhanden, die Pläne zum weiteren Ausbau der Eigenproduktion liegen vor. Die steigende Selbstwertung erfordert hierfür gewaltige Mittel. Die Ausdehnung der konsumgenossenschaftlichen Warenverforgung und Verteilung liegt im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften!

Zur Ausführung der notwendigen Mittel hat die Großtextilgesellschaft eine Dispositionskasse aufgelegt, in Form von Teilschuldverschreibungen, welche in Stückn von 500, 1000, 5000 und 10 000 M. bei einer Verzinsung von 5% Proz., herausgegeben werden. Prospekte sind in allen Konsumvereinen des Zentralverbandes zu haben, oder einzufordern von der Großtextilgesellschaft Deutscher Konsumvereine u. v. S., Hamburg, Beienbinderhof 52.

Kollegen und Kolleginnen! Liefert Eure verfügbaren Gelder nicht dem Profitkapital aus, sondern stellt diese Eurer eigenen Genossenschaftszentrale für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Beweist durch die Tat, daß Ihr ernstlich gewillt seid, den praktischen Sozialismus zu fördern!

## Schutz vor ansteckenden Krankheiten in Haus und Beruf

Von Dr. G. Wolff.

(Fortsetzung.)

Der Kampf gegen das Miesfieber richtet sich nicht unmittelbar gegen die krankheitserreger, die uns ihrem Wesen nach noch nicht völlig bekannt sind, sondern gegen die Läuse, die als Zwischenwirte des krankheitsgäutes die Infektion von einem Menschen auf den anderen übertragen. Die Miesfiebererkrankten selbst sind nicht ansteckend in dem Sinne, daß sie unmittelbar die Krankheit auf andere Menschen übertragen. Darin hat das Miesfieber eine gewisse Ähnlichkeit mit der Malaria, die gleichfalls nur durch Zwischenwirte, die Anopheles mücken, von einem Menschen auf den anderen übertragen wird. Nur in deren Organismus können sich die Malariaergerger weiter entwickeln und vermehren. Ganz ähnlich beim Miesfieber. Nur die Läuse, vorwiegend die Kleiderlaus, vermag das krankheitsgäut zu züchten und weiter zu verbreiten. Andere blutsaugende Insekten, wie Wanzen und Nisse, haben diese Fähigkeit nicht. Hier liegen die eigentlichen Keimstätten vor, in deren Häutchen die Keimzellen nicht eingedrungen ist.

Die Tatsache, daß nur die Läuse das Miesfieber verbreiten, erklärt die Maßnahmen, die so erfolgreich zur Unterdrückung der Krankheit geführt haben. Ueberall da, wo eine gründliche Entlausung durchgeführt werden konnte, ist die Zeuche ausgestorben. Deshalb hat sie während des Krieges infolge der fortwährenden Ueberwachung der Grenzen nicht nach Deutschland eingeschleppt werden können. Erst als die zurückkehrenden Menschenmassen infolge der überhitzten Demobilisierung die gesundheitlichen Sicherheitsvorschriften nicht mehr beachteten, die vorher zwangsweise durchgeführte Entlausung an den Grenzen gegen Ausland und Oesterreich umgingen, hielt auch das Miesfieber in Deutschland seinen Einzug. Inzwischen ist die Epidemie, die im Frühjahr 1919 ihren Höhepunkt in Deutschland erreichte,

glücklich überstanden, da bei uns selbst in den traurigsten Zeiten die Verlausung der Bevölkerung nie einen solchen Grad erreichte wie sie in Rußland oder auf dem Balkan. Dazu gilt der Gebrauch von Wasser und Seife in Deutschland selbst der armen Bevölkerung als ein zu natürlicher und notwendiger Lebensgenuss.

Ein Heilmittel, wie das Chinin für die Malaria, haben wir zur Behandlung des Miesfiebers leider nicht. Um so mehr muß das Bestreben der Hygiene darauf gerichtet sein, den Krankheitsausbruch zu verhüten, also der Kaufverteilung die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wieder ganz anders sind die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Tuberkulose, der bei uns am weitesten verbreiteten Volkskrankheit, erforderlich sind. Durch Robert Kochs Entdeckung des Tuberkelbazillus (1882) wurde die infektiöse Ursache der Krankheit aufgedeckt. Die Tuberkelbazillen sind ungemiein verbreitet, bei Mensch und Tier. Heute wissen wir, daß aber nicht nur die Anwesenheit der Bazillen zur Entstehung der Krankheit erforderlich ist — sonst hätten wahrscheinlich alle Menschen Tuberkulose —, sondern daß noch andere Momente am Zustandekommen der Infektion schuld sind. Die sogenannte Krankheitsbereitschaft oder Disposition spielt hierbei eine große Rolle; vor allem aber begünstigen Ueberernährung und Wohnungsnot die Verbreitung der Krankheit. Das hat sich in besonders auffallender Weise unter der Einwirkung des Weltkrieges gezeigt. Seit dem Jahre 1913 ist in Deutschland eine Verdoppelung der Tuberkulosefälle unter der städtischen Bevölkerung eingetreten; von 15,7 auf je 10 000 Einwohnern im Jahre 1913 ist die Zahl der Tuberkulosefälle auf 31,7 im Jahre 1918 gestiegen. Nach den statistischen Erhebungen von Geheimrat Hamel aus dem Reichsanstalt des Innern sind in den Jahren 1915 bis Ende 1918 763 000 Menschen der Zivilbevölkerung in Deutschland den Wirkungen der Nahrungsmittel infolge der Blockade erlegen. Davon entfiel ein großer Teil ausschließlich auf das Konto der Tuberkulose.

Das zweite Moment, das die Ausbreitung der Tuberkulose, insbesondere der Lungenschwindsucht, be-

günstigt, ist das Wohnungsleben der großstädtischen Bevölkerung. Kein Wunder, daß der tuberkulöse, bazillenhustende Vater oder die Mutter die Krankheit auf ihre Kinder im frühesten Alter übertragen, wenn sie zu sechsen oder sieben oder zu noch mehr Personen auf einen Raum, wie es in der großstädtischen Bevölkerung nicht selten ist, angewiesen sind. Hier ist die Möglichkeit immer wieder gegeben, daß sich die Kinder an dem Auswurf und den Hustentröpfchen, die die Tuberkelbazillen zu vielen Tausenden enthalten, anstecken und schließlich selbst an irgendeiner Form der Tuberkulose erkranken.

Ein wirkliches Heilmittel der Tuberkulose gibt es bisher nicht. Weder das Tubertulin noch die zahlreichen anderen Mittel, die in neuerer und älterer Zeit als Heilmittel mit mehr oder weniger großem Aufwand von Bekam angepriesen sind, vermögen den fortschreitenden Krankheitsprozeß aufzuhalten, vermögen die Tuberkelbazillen abzutöten, wie etwa das Salvarsan die Erreger der Syphilis oder des Rückfallfiebers abtötet oder des Diphtheriebazillus die Giftwirkung der Diphtheriebazillen neutralisiert. Die ausgebrochene Krankheit ist deshalb therapeutisch schwer zu bekämpfen; wohl aber haben wir die Mittel, den Krankheitsausbruch oder doch die Verschlimmerung leichter Erscheinungen zu verhindern. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist daher in erster Linie eine prophylaktische, sozialhygienische Maßnahmen tragen in hohem Maße dazu bei, ihrer Ausbreitung Einhalt zu tun.

Der Aufenthalt in gesunden, sonnigen Wohnungen, noch besser in frischer, reiner Luft auf dem Lande oder im waldigen Mittelgebirge und, damit verbunden, eine ausreichende Ernährung sind die besten Waffen im Kampfe gegen die Tuberkulose. Die Lungenkurortstellen haben diesen Grundsat längst als den einzig erfolgversprechenden erkannt, indem sie möglichst vielen Erkrankten oder auch nur Krankheitsverdächtigen den Aufenthalt in einer Lungenheilstätte oder einem ähnlichen Unternehmen ermöglichen. Die Sonne und die reichliche Ernährung daselbst haben den besten Einfluß auf den Verlauf der Krankheit; natürlich können auch

## Aus unseren Zahlstellen

Berlin. Eine Mitgliederversammlung am 18. Oktober brachte den Verbandskommunisten wieder mal einen vollen Erfolg. Zur Tagesordnung stand „Zielungnahme zum Ausschluß Kraas“. Bekanntlich hat der Verbandsvorstand die beiden Kollegen Kraas und Krummrei wegen ihrer Teilnahme an Moskauer Kongressen ausgeschlossen. Er mußte das tun, weil eine Entschließung des Beirats ihn dazu zwang. Schon in der letzten Berliner Mitgliederversammlung kam ein Antrag Moritz zur Annahme, nach dem der ausgeschlossene Krummrei für Berlin als Einzelmitglied weiter geführt werden sollte. Dieser Beschluß der Berliner Mitgliederversammlung sieht dem Verbandsstatut entgegen, nach dem es nur Mitglieder des Zentralverbandes, aber nicht Einzelmitglieder einer Zahlstelle geben kann. Außerdem müssen sich schon Kommunisten und deren Führer daran gewöhnen, daß ihnen nach den statutarischen Bestimmungen kein anderes Recht zufließt wie allen andern Mitgliedern auch. Ein Mitglied, das durch den Verbandsvorstand aus dem Verbandsausschluß ist, hat ein Beschwerderecht an den Verbandsbeirat und bei ablehnendem Entschluß an den Verbandstag. Das können und wollen aber unsere Verbandskommunisten nicht verstehen. Die Richtlinien, die ihnen das Statut und der Verbandsbeirat gibt, finden bei ihnen keine Beachtung, für sie ist auch in unsern Verbände einzig und allein die kommunistische Reichsgewerkschaftszentrale maßgebend, die wiederum stütze nach den Weisungen der kommunistischen Partei zu handeln hat. Zu der Versammlung am 18. Oktober war, wie es in Berlin üblich ist, wieder der Strohtrup der Kommunisten ausbezogen. Vorher war schon durch ein Flugblatt entsprechend Propaganda gemacht worden. Als der Vorsitzende in der Versammlung eine Erklärung des Ortsvorstandes begann gab des Inhalts, daß eine Stellungnahme zu den Ausschüssen so lange zu unterbleiben habe, bis der Verbandsbeirat darüber entschieden hat, kam ein Antrag, den beiden ausgeschlossenen Mitgliedern Zutritt zu der Versammlung zu geben. Obwohl der Vorsitzende auf das statutenwidrige dieses Antrages aufmerksam machte, wurde er angenommen. Kollegen und Kolleginnen, die gegen den Antrag gestimmt hatten, wurden in größlicher Weise von den Anhängern der Kraas und Krummrei beleidigt und mit schmählichen Beiworten wie Lump und Idiot bezeichnet, ebenfalls angerepelt und faust mit dem Ellenbogen und den Fingern: „Kraas, mach daß Du raus kommst!“ aus dem Saale verwiesen. Der Vorsitzende schloß bei diesem Tumult die Versammlung. Ein großer Teil der Versammlungsbesucher verließ sofort mit dem Vorhand, von dem wüsten Treiben der Kommunisten angeekelt, das Lokal. Und nun bot sich den Dageliebenden ein erhebenes Schauspiel. Im Triumph wurden Kraas und Krummrei in den Saal heringeführt, ein Blumenstrauß zum Willkommen wurde Kraas überreicht, der als Held des Tages sofort die Leitung übernahm. Es war eine schöne Familienszene.

Dortmund. In der am 7. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, gab der Vorsitzende Kiffel einen kurzen Ueberblick über die letzten Tarifverhandlungen und die Kreisamtsführung. In der Diskussion kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß das bisherige Lohnsystem einer Abänderung bedürftig, speziell für die befristeten älteren Kollegen, denn von der Verteuerung der Lebensmittel und

solche Mittel da nicht mehr helfen, wo der Krankheitsprozeß schon zu weit vorgeschritten ist.

Daß diese Fürsorgebestrebungen durch die lange Dauer des Krieges erheblich gelitten haben, daß sie teilweise infolge der gegen Deutschland gerichteten Auswanderungspolitik völlig darnieder lagen, darf uns nicht hindern. Hier haben wir die Ursache, warum die Tuberkulosesterblichkeit in den Kriegsjahren so entsetzlich zugenommen hat. Sie betrug, auf je 10000 Einwohner berechnet:

1913	15,7
1914	16,0
1915	16,8
1916	18,0
1917	25,3
1918	31,7

Besonders in den beiden letzten Kriegsjahren 1917 und 1918 war die körperliche Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch die lange Unterernährung so geschwächt, daß die Sterblichkeitsziffer ganz ungeheuer in die Höhe schob; sie war 1918 doppelt so hoch als im Beginn des Krieges.

Was wir unter diesen Umständen in Zukunft zur Bekämpfung der Tuberkulosesterblichkeit zu tun haben, ergibt sich von selbst. Die sozialhygienischen Maßnahmen, die in Verbesserung der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der großen Bevölkerung zu bestehen haben, müssen in weitem Umfang gefördert werden. Hauptsächlich ist die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands trotz des ihm auferzwungenen Gewaltfriedens, in dem von Fürsorgebestrebungen für die lebende Menschheit der Zukunft nicht viel zu spüren ist, so, daß die Vermehrung der Wasser- und Luftverschmutzungen, vor allem die Verbesserung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse und die gleichmäßige Gewährung einer befriedigenden und gesunden Nahrung gewährleistet werden kann.

Wir haben uns bei der Tuberkulose absichtlich etwas länger aufgehalten, weil der Kampf dagegen zu den wichtigsten Gebieten einer erfolgreichen Volkshygiene gehören muß. Die Tuberkulose ist die Krankheit der

Berufsartikeln würden alle gleich betroffen. Vor allem kann man nicht verstehen, daß bei Wirtschaftsbekämpfern und Sonderzulagen Unterschiebe gemacht werden zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 7. Oktober versammelten Mitglieder der Dortmund Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen erheben den schärfsten Protest gegen den prozentualen Abzug in der bisherigen Form für die älteren männlichen Kollegen. Nach eingehenden Erörterungen ist der prozentuale Abzug in keinem anderen Berufsbranche so unterschiedlich wie im Buchdruckergewerbe. Wir erfordern die Verbandsleitung, bei den nächsten Tarifverhandlungen darauf hinzuwirken, daß ein Abzug von 10 Prozent für die älteren verheirateten Kollegen völlig genüge und Wirtschaftsbekämpfern und Sonderzulagen unverfälscht gezahlt werden. Gleichzeitig wird eruchtet, die älteren Kolleginnen über 24 Jahre zu berücksichtigen.“

Eisenach. Am 1. und 2. Oktober nahmen die Versammlungen der Gehilfen und Hilfsarbeiter zu den neuen Mindestlöhnen und zu den darüber hinausgehenden Forderungen Stellung. Den hiesigen Prinzipalen war mitgeteilt worden, daß bestimmt erwartet wird, die neuen ab 15. November fälligen Zulagen schon am 1. November ausbezahlt zu erhalten. Wirtschaftseizer verlangten außerdem eine besondere Lohnzulage. Drei Firmen bewilligten sofort, sieben andere Betriebe lehnten die Forderungen ab. Auch Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Darauf kam es zur Arbeitseinstellung. Die Prinzipale, die sich in einer Sitzung auf ihre Tariftreue beriefen und deswegen zur Ablehnung der Forderungen gekommen sein wollten, gaben Flugblätter heraus, in denen sie falsche Angaben über die von ihnen bezahlten Löhne machten. In einem Flugblatt mußten sie sich dann auch berechnigen. Außerdem trugen die Flugblätter Unterschriften von Firmen, die dazu ihr Einverständnis nicht gegeben hatten. Am 8. Oktober wurden die Forderungen bewilligt und am 10. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen. Während des Streiks führten die in Arbeit stehenden Gehilfen und Hilfsarbeiter die neue Zulage restlos zur Unterstützung der Streikenden ab.

Königsberg i. Pr. Eine tariffreie Druckeri ist auch die Druckeri von Kahan u. Co., Inhaber Pape, Königsberg i. Pr. Die Organisation, die dort schon einmal eingedrungen war, hat Herr Pape verstanden, wieder herauszubringen und hält sie auch noch von seinem Betriebe fern. Deshalb ist es ihm möglich, seinen Arbeiterinnen Löhne zu zahlen, die vor dem 1. Oktober gerade die Hälfte des tariflichen Minimums ausmachten. So z. B. hatte seine älteste Anlegerin, die zehn Jahre in diesem Betriebe beschäftigt ist, einen Lohn von 70 Mk., die andern natürlich viel weniger. Herr Pape zahlt für Lernende einen Anfangslohn von 30 Mk. Das dachte dieser Herr auch mit einer unserer Anlegerinnen machen zu können, die dort als Lernende eine Stelle angenommen hatte. Natürlich wurde sie angenommen in dem Glauben, daß sie noch ein Unschuldslammchen wäre und von der Organisation nichts wüßte. Bei der Einstellung hatte er ihr gesagt, über den Lohn wäre nicht zu reden, er zahle tariflich. Aber am nächsten Tag stellte er sich heraus, wie die tarifliche Entlohnung in diesem Betriebe aussah. Als unsere Kollegin dem Herrn aber sagte, welchen Lohn sie zu beantragen habe, da wurde es ihm klar, wach ein „Angehauer“ er sich ins Haus genommen. Brontp bekam unsere Kollegin den tariflichen Lohn und auch die Papiere und war entlassen. Allerdings mußte der Herr sich nach Ein-

breiten Massen, des arbeitenden und von seiner Gesundheit zehrenden Proletariats, die Krankheit der unter schlechten Wohnverhältnissen leidenden Großstadtbevölkerung viel mehr als der ländlichen Bauernbevölkerung. Deutschland, das in den Jahren vor dem Kriege ein ausgereicher Industriestaat geworden, dessen weitere Entwicklung noch nicht abzusehen ist, bei das größte Interesse daran, die Gesundheit seiner Bevölkerung zu heben. Denn mehr noch als je beruht seine wirtschaftliche Kraft auf der Zahl seiner arbeitsfähigen Bevölkerung.

Eine Krankheit, die nicht dauernd am Gute der Volksgesundheit zehrt, sondern wie eine akute Plage dahergeschritten kam, ist die Grippe, die seit 1918 in der ganzen Welt Unheil gestiftet hat. Eine eigentliche Abwehr dieser höchst ansteckenden Erkrankung der Luftwege ist nicht möglich; das hat gerade die ungeheure Verbreitung der Grippe in allen Weltteilen gezeigt. Die letzte große Grippeepidemie hatten wir in Europa Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Seitdem kamen nur vereinzelte Fälle dieser Infektionskrankheit vor. Worauf es nun beruht, daß plötzlich nach einer längeren Zeit der Ruhe das Krankheitsgift zu einer so mächtig auslösenden Epidemie geführt hat, einzieht sich noch unserer Kenntnis; dies um so mehr, als sich über den Erreger der Krankheit, den von Pfeiffer, einem der ältesten Schüler Robert Kochs, entdeckten Influenzavirus, auch jetzt noch keine Einigkeit ergeben hat, trotzdem die Frage während der jetzigen Grippeepidemie natürlich von allen Bakteriologen erneut geprüft worden ist. Wahrscheinlich ist immerhin, daß das Krankheitsgift sich auch zu Zeiten, zu denen gehäufte Erkrankungen nicht beobachtet werden, bei einzelnen Menschen lebensfähig erhält und von ihnen aus zu Epidemiezeiten seinen Ausgang nimmt. Nur so können wir es erklären, daß die Krankheit, die sich als so ungeheuer ansteckend erweist, plötzlich nach zwanzig oder dreißig Jahren wieder aufkommt und nun eine Generation vorfindet, die ihr widerstandsflos preisgegeben ist. (Schluß folgt.)

greifen der Organisation bequemen, die Kollegin noch 14 Tage zum tariflichen Lohn zu beschäftigen oder den Lohn für diese Tage auszuschlagen. Das Letztere hat er vorgezogen, wohl aus Angst, seine anderen Anlegerinnen könnten durch ein längeres Zusammenarbeiten von unserer Kollegin aufgefressen werden. Aber wie dem auch sei. Schuld an diesen erbärmlichen Zuständen haben einzig und allein die betreffenden Anlegerinnen selbst. Würden sie sich der Organisation anschließen, so würde auch dieser Herr aus Grund des Tarifvertrages gezwungen werden, für seine Arbeiterinnen tarifliche Löhne zu zahlen. Seine Trohungen mit Entlassung würden ihm nichts helfen, denn erstens kann er ohne Anlegerinnen keine Arbeit fertig stellen und zweitens müßte in solchen Fällen das Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmer vor der Willkür der Arbeitgeber. Aber auch der Deutsche Buchdruckerverein (Druckerverein Königsberg) sollte solchen Mitgliedern mehr auf die Finger sehen. Manu doch die Schmutzfonturren, die in solchen Betrieben schon groß genug ist, bei einer derartigen Bezahlung der Arbeitskräfte noch in größerem Umfang betrieben werden. D. B.

Wemgo (Lippe). Am 14. Oktober fand in Wemgo die erste Versammlung der Buchdruckereihilfsarbeiter statt, in welcher Kollege Spartzahl über Zweck und Nutzen der Organisation sprach und im Laufe seiner Ausführungen, auf die Tarifführung übergehend, die Erfolge der Organisation streifte. Reichher Befehl lobte die Ausführungen. In der Diskussion stellte es sich dann heraus, daß das Hilfspersonal in Wemgo noch weit hinter dem Tariflohn steht und so der beste Beweis erbracht wurde, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Die anwesenden Buchdrucker unterstützten die Ausführungen des Kollegen Spartzahl und versprachen alles zu tun, um der Hilfsarbeiterschaft bei der Durchführung des Tarifes zu helfen. Hierauf wurde die Ortsgruppe Wemgo gegründet und als Vertrauensmann die Kollege Marie Unabe gewählt. In seinem Schlusswort ermahnte Kollege Spartzahl alle neu gewonnenen Kollegen und Kolleginnen, unumkehrbar auch jetzt und treu zur Organisation zu halten, da nur Einigkeit und festes Zusammenhalten uns allen ein besseres Dasein verhüten könne. Auch dem Buchdrucker Kollegen Prühmer sei an dieser Stelle gedankt für die Mithilfe bei der Organisation des Hilfspersonals.

Nürtinger-Göttingen. Auf Veranlassung der Göttinager Kollegenchaft fand am Sonntag, den 16. Oktober, in Nürtinger eine Versammlung statt. Es kamen hier ca. 10-12 Kollegen und Kolleginnen in Frage, die sich im Laufe der letzten Wochen unserer Organisation angeschlossen haben. Kollege Spartzahl sprach über „Den Zweck und Nutzen der Organisation“. Er beleuchtete dabei auch die hiesigen Verhältnisse. Nach der Schaffung des Reichstarifs müßten eigentlich alle Prinzipale von selbst den Kollegen und Kolleginnen den ihnen zustehenden Lohn zahlen. Aber man sehe auch hier in Nürtinger, daß die Prinzipale gar nicht daran dächten, weil die Kollegenchaft sich nicht rühre. Die Not dränge die Arbeiterschaft jetzt selber dazu, sich der Organisation anzuschließen, da ja mit einem Lohn, wie er hier noch bezahlt würde, und der für Befristete über 24 Jahre noch 3 Mk. pro Stunde betrage, bei den Arbeiterinnen so gar nur 1 bis 1,10 Mk. die Stunde ausmache, nicht auszukommen sei. Wüßten müße man sich überhaupt, wie man bei solchem Lohne noch sein Dasein fristen könne. Aus den Gesichtern der Anwesenden konnte man ersehen, wie Kollege Spartzahl ihnen aus den Herzen gesprochen hatte. Nur eine Redner noch auf die Statuten ein, dabei hervorhebend, daß neben den Rechten auch Pflichten befänden, die naturgemäß pünktlich innegehalten werden müßten. Denn ein altes Sprichwort lautet: „Wer nicht faßt, soll auch nicht ernten.“ Kollege Fr. Marina, der sich noch mit einigen Kollegen von Göttingen angeschlossen hatte, unterstützte die Ausführungen und ermahnte die neu gewonnenen Kollegen, nun auch immer fest zusammenzuhalten. Beschlossen wurde, die Beiträge auch weiterhin nach Göttingen abzuführen. Kollege August Hansmann, Bisbaun bei Nürtinger, wurde zum Vertrauensmann gewählt. In seinem Schlusswort versprach Kollege Spartzahl, in den nächsten Tagen der Firma S. A. Sächta den Tarif zu unterbreiten, damit auch die dort Beschäftigten zu ihrem Lohn kommen sollen, dazu gehöre aber reifliches und festes Zusammenhalten. Nach der Versammlung hielt ein gemühtliches Beisammensein Mitglieder und G. wie noch einige Stunden fest.

Nürtinger-Göttingen. Schon in Friedenszeiten erwies es sich als zweckmäßig, in gewissen Zeitabschnitten eine Zehlfestversammlung abzuhalten, um dort die besonderen Verhältnisse der Kollegen „vom Stein“, die in den Mitarbeitervereinigungen aus verschiedenen Gründen nicht gründlich besprochen werden konnten, zu erörtern. Umso mehr trifft dies auf die Nachkriegszeit zu, da in den Versammlungen fast ausschließlich Lohn und Tariffragen sowie örtliche bzw. Verwaltungsangelegenheiten erörtert wurden. Es soll damit nicht einem gewissen Spartengeist Vorwand geleistet werden: den Schlechteren liegt nichts ferner, und in erster Linie haben wir uns als Mitglieder und Arbeiter zu fühlen, alleidaglia, ob wir im Buch und Steindruck beschäftigt sind. Die am 15. Oktober stattgehende Versammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Zu Beginn teilte Kollege Beckling mit, daß sich der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer bereit erklärt hat, die für den 1. Dezember fällige 3. Rate bereits ab 15. Oktober mit der 2. Rate auszusahlen, und daß Mitte November neue Verhandlungen stattfinden. Bei den Verhandlungen wird von den Unternehmern immer wieder auf die Berliner Verhältnisse im Steindruck hingewiesen, die für uns „Provokator“ alles andere denn fortschrittlich und zielweisend sind. Man sieht, daß die Beschäftigung dort allgemein über den Mindestlohn erfolgt, aber die Berliner Kollegenchaft wird in den Steindruckstädten wegen ihres Abschlusses bei uns und anderswo keinen „Stein im Brett“ haben. Als Spitzenlöhne und Richtlinien für einen Reichstarif sollten die Berliner Verhältnisse schon

anders aussehen. Der gute Geschäftsgang hat durch das Sinken des Marktes eine weitere Belebung erfahren und für die Exportfirmen bestehen die günstigsten Aussichten, wenn auch die Arbeiterkraft nicht an den Valutaschwächen teilnimmt. Aus einer in letzter Zeit aufgenommenen Lohnstatistik, die zur Verfügung kam, ist zu ersehen, daß in einigen Firmen die Schleiher nur mit dem Mindestlohn bezahlt werden, trotz der Knappheit an gutem Personal. Daraus erklärt sich auch die Abwanderung in andere Berufe und der manuelle Nachwuchs, da bei den jüngeren Kollegen ein Berufswechsel meistens keine Lohnverfehlung bedeutet. Einige Firmen zeigen sich in der Lohnfrage sehr konservativ, obwohl man sich sonst immer demokratisch fühlte. Verschiedene Steindruckfabriken, die namentlich aufgeführt wurden, weisen nicht die großen Unterschiede zwischen Gehältern und Schleiherlöhnen auf, weil dort geübte Kollegen, die sehr gesucht sind, entsprechend bezahlt werden, während sich hier die Verschönerung zum Teil auf schöne Worte und in seltenen Fällen auf einige Mark über Mindestlohn beschränkt. Wir sind keine Gleichmacher, die den Einheitslohn für alle Arbeiter verlangen und wissen wohl die Qualitätsarbeit und Verantwortung der Gehältern sowie die Kosten der Ausbildung zu würdigen, jedoch der Selbsterhaltungszwang zwingt uns zu der Feststellung, daß Lohn- und Existenzminimum zweierlei Begriffe sind, und daß hier eine große Spannung besteht, deren Verringerung unsere dringlichste Aufgabe ist. Zur Lohnfrage im Allgemeinen ist zu bemerken, daß die gesamte graphische Arbeiterkraft gegen die in anderen Industrien mit einer reichlichen Teuerungszulage im Rückstande ist, wobei wir gar nicht einmal an die Spitzenlöhne denken. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß viele Druckereien während des Krieges zum Teil geschlossen waren oder stark eingeschränkt den Betrieb aufrechterhielten und erst nach dem Kriege an den Lohnaufbau gedacht werden konnte. Die Rüstungs- und notwendigen Bedarfsindustrien, denen der Krieg eine nie wiederkehrende Gelegenheitsbot, alles in Goldwerte umzuwandeln, waren zugezogen, ihrer Arbeiterkraft auch einen kleinen Teil des Militärbesoldungsüberschusses. Bei einem Vergleich mit den Friedenslöhnen fällt uns auf, daß früher ein größerer Unterschied in der Bezahlung bestand. Einige, die sogenannten Oberschleiher, waren besser entlohnt, dafür die Masse um so schlechter, während jetzt ein fast gleichmäßiger Durchschnitt festzuhalten ist. Gleich den Gehältern, so müssen auch die Schleiher ihre Arbeitskraft höher einschätzen, dies vornehmlich bei den Unternehmern beanrunden und nicht nur die vierfünfteligen Zulagen abwarten. Der Vorkriegsstand, den die übrige Arbeiterkraft in der Lohnfrage und zum Teil auch in der Arbeitszeit hat, kann nur schwer eingeholt werden. Es genügt der Hinweis auf die hartnäckigen Verhandlungen im Buchdruck, die ohne das mehrmalige Eingreifen der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium überhaupt kein lebensfähiges Ergebnis gebracht hätten. Ueber das Organisationsverhältnis ist zu bemerken, daß in Nürnberg noch eine Anzahl Kollegen anderen Verbänden angehören, ebenso wurde in einem größeren Nürnberger Betrieb festgestellt, daß ca. 40 Arbeiterinnen in den verschiedensten freien Gewerkschaften organisiert sind. Der dortige Betriebsrat hat versprochen, für die Weiterbildung dieses Zustandes zu sorgen. Vor allem dürfen wir nicht vergessen, daß die Kolleginnen den Ausschlag geben und bei ihnen das Schwerkraft unserer Organisation ruht. Bei dem großen Interesse, das besonders die älteren Kollegen, die bereits früher im Senefelder-Bunde organisiert waren, dem Problem des graphischen Industrieverbandes entgegenbringen, ist zu betonen, daß die Einheitsorganisation auch nicht sofort wesentlich andere Verhältnisse schaffen kann, denn mit der Zentralisierung der Verwaltung und der Massen allein ist es nicht getan. Gewisse natürliche Interessensgefälle zwischen der gelehrten und ungelehrten Arbeiterkraft wird es immer geben, wie wir dies ja auch in den Industrieverbänden feststellen können. Auch im graphischen Einheitsverband wird jede Gruppe bestrebt sein, sich durchzusetzen, sofern dies nicht nur auf Kosten der übrigen geschieht. Für die kleineren Druckorte bedeutet die Verschmelzung der Verbände einen entscheidenden Fortschritt und eine gewisse Weltaufrüstung; Agitation, Verwaltung und Lohnbewegungen erfahren dadurch zweifelslos eine Belebung, wie sie die Provinz aus sich heraus oft vermischen läßt. In der lebhaft einsetzenden Diskussion brachten die Kollegen verschiedene Wünsche und Anregungen zum Ausdruck. Mitunter besteht eine geradezu buchstabenhafte und engherzige Auslegung des Abkommens. Der Vorsitzende des Schutzverbandes hat sich bei einer Aussprache bereit erklärt, in Zweifelsfällen durch eine paritätische Kommission alle kritischen Fälle erledigen zu lassen. Zum Schluß wurde von Kollegen Nippich angeregt, an den Sonntagen während der Wintermonate gelegentlich gesellige Zusammenkünfte zu veranstalten.

## Rundschau

Der Ausstand im Berliner Zeitungsgewerbe. Ein Ausstand im Berliner Zeitungsgewerbe, der seit Sonnabend, den 15. Oktober, das Nichterscheinen der von den Berliner Meinungsfabriken herausgegebenen Zeitungen zur Folge hatte, ist durch ein Vorgehen des Personals bei Rudolf Mosse („Berliner Tageblatt“, „Berliner Volkszeitung“ usw.) veranlaßt worden. Die dort beschäftigten Gehilfen und Hilfsarbeiter haben an die Betriebsleitung die Forderung gestellt, die, wie sie annehmen nach dem im vorigen Jahre getroffenen Massini-Hoeneemann-Abkommen berechtigt war. Das Tarifschlichtergericht hat in dieser Angelegenheit eine für die Arbeiter ablehnende Entscheidung gefällt. Nach Annahme des Tarifamts, das der Ansicht des Personals nicht entsprechen konnte, traten Gehilfen und Hilfsarbeiter in den Ausstand, nachdem sie vorher die Ge-

schäftsleitung ersucht hatten, mit ihnen in Verhandlungen zu treten. Die Geschäftsleitung lehnte das ab, weil sie nach ihrer Angabe nur mit den tariflichen Forderungen verhandelt wollte.

Da die Mosseblätter nicht erscheinen konnten, stellten auch die anderen Groß-Berliner Zeitungsgewerbetreibenden aus Solidarität mit ihrem bebrängten Kollegen das Erscheinen der von ihnen herausgegebenen Zeitungen ein. Die Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministers blieben bisher erfolglos. Während des Konflikt ist Groß-Berlin nur auf die Fiktüre der Arbeiter-Väter („Vorwärts“, „Freiheit“, „Notiz-Zeitung“) angewiesen gewesen.

Der Berliner Konflikt ist am 22. d. Mts. beigelegt worden. Vorher noch hatten die Berliner Buchdruckereibetriebe beschloffen, das gesamte Personal auszusperrten. Einige Firmen hatten den Gehilfen und Hilfsarbeitern auch bereits gekündigt, andere waren in ihrem Nachbetrüben schon weiter gegangen und hatten die Personalrisikolos entlassen. Ueber den endgültigen Ausgang dieser Bewegung und ihre Folgen soll noch in einem andern Zusammenhang gesprochen werden.

Eine Verringerung des Lohnabkommens der Lithographen und Steindruckerei ist am 10. Oktober nach mehrwöchigen Verhandlungen getroffen worden. Die Gehilfenvertreter gaben nach dem Bericht der „Graphischen Presse“ der Vereinbarung nur unter der Bedingung ihre Zustimmung, daß „bei wesentlicher Veränderung der Verhältnisse neue Verhandlungen gepflogen werden sollen“. Das Lohnabkommen vom 3. September wurde infolgedessen geändert, als die gesamte ab 1. Dezember 60 Mk. betragende Lohnverhöhung schon ab 15. Oktober gezahlt werden wird. Zu einem weiteren Vorwärtsschritt Zahlungstermin auf den 1. Oktober waren die Unternehmer nicht zu bewegen.

Die Berliner Holzarbeiter haben in einem fast zehn-wöchigen Kampf, zu dem sie durch die Scharfmacher im Groß-Berliner Holzgewerbe gezwungen wurden, einen schönen Sieg errungen. Der Widerstand der Berliner Unternehmer gegen den von den Zentralen abgeforderten Reichsmanteltarif wurde durch die entschlossene Haltung der Holzarbeiter gebrochen, sie mußten den Tarif anerkennen und sich daneben auch zur Gewährung von Lohnzulagen verstehen.

Ein Doppeljubiläum. Am 8. Oktober feierte unser Mitglied Kollegin Pauline Henkel ihr 50-jähriges Berufsjubiläum. Gleichzeitig konnte sie an diesem Tage auf eine 23-jährige Tätigkeit als Angelerin bei der Firma Otto v. Holtz zurückblicken. Die Kolleginnen und Kollegen des Betriebes hatten aus diesem Anlaß am Morgen des Tages eine kleine Feier veranstaltet; die Firma überreichte der Jubilarin ein Geschenk von 500 Mk.

Kollegin Henkel zählt zu unseren ältesten und tätigsten Mitgliedern. Sie war Mitbegründerin des Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schneidpressen, der im März 1890 ins Leben gerufen wurde, aus dem dann die spätere Jahresschrift I. Berlin unseres Verbandes hervorgegangen ist. Aufopfernd und unermüdet war sie die ganzen Jahre hindurch für die Organisation tätig. Wir wünschen unserer Kollegin Henkel einen ruhigen Lebensabend und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihre wertvolle Mitarbeit uns noch recht lange erhalten bleibt.

Die Besserung des Arbeitsmarktes im September ist im allgemeinen auf Ursachen zurückzuführen, die der deutschen Volkswirtschaft nicht zuzurechnen sind. Das Reichsarbeitsblatt schreibt in seinem Monatsbericht darüber: „Die Sachwerte, die das deutsche Volk jetzt schafft, erfahren durch das Sinken der Mark im Auslande eine stiegende Entwertung, da es nicht möglich ist, den Verlust durch Valutaschläge auszugleichen.“ Das ist ganz erklärlich, die Industrie ist gezwungen, immer mehr Sachwerte auszuführen, damit ihr die Bezahlung der unentbehrlichen ausländischen Rohstoffe, die ja mit ausländischen Devisen erfolgen muß, möglich ist. Daß die Industrien nebenbei bestrebt sind, sich durch die Valutaschläge einen besonderen Profit zu verschaffen, versteht sich am Bande. Trotz gesteigerter Arbeit schreibt die Beramerung der deutschen Volkswirtschaft fort.

Aus der Papierindustrie wird gemeldet, daß sich die Beschäftigungsfrage unvereinbar gelöst hat. Es konnte eine nicht unbedeutende Anzahl Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Die Fabriken waren im allgemeinen gut, zum Teil mit sämtlichen Maschinen beschäftigt. Allerdings ist nach den Berichten mit einem längeren Anhalten des guten Geschäftsganges kaum zu rechnen. Das Reichsarbeitsblatt spricht von einer nervösen Geschäftsbefebung, soweit sie nicht auf Auslandsaufträge zurückzuführen ist. Sie soll hauptsächlich auf Angst und Deumutungsängsten beruhen.

Das Buch- und Steindruckgewerbe hat immer noch gut zu tun. Kleine und mittlere Betriebe sind voll beschäftigt, nur größere haben zum Teil noch nicht ganz den Umfang der Vorkriegsleistung erreicht. Aus einigen Betrieben Bayerns liegen weniger günstige Nachrichten vor. Im Buchhandel ist der Absatz weiter zurückgegangen.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hält unheimlich an. Die Reichsindexziffer, die die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung ausdient, ist von 1045 im August auf 1062 im September gestiegen. Es muß dabei darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Ausgaben für Bekleidung vom Reichsindex nicht erfaßt werden. Die für September festgestellte Erhöhung beträgt gegen den September des Vorjahres 36,3 Prozent, und gegenüber dem Januar dieses Jahres 12,5 v. H.

Calver errechnet für September einen Reichsindex von 399,52 Mk. Nach der starken Erhöhung im August, die 36,2 Mk. wöchentlich betrug, war seiner Meinung nach im September nur noch ein Mehr von

3,63 Mk. zu verzeichnen. Bei Calvers Berechnungen sind die Ausgaben für Miete, Heizung und Beleuchtung nicht mit eingezogen.

Die Mindestlöhne der deutschösterreichischen Buchdruckerinnen und -arbeiterinnen betragen ab 1. Oktober für verheiratete Kollegen in Wien 2544 Kronen wöchentlich. In den andern Wohnstätten ist die Entlohnung etwas geringer, doch geht es bei den länger als ein Jahr im Beruf beschäftigten Hilfsarbeitern nicht unter 2500 Kronen. Ledige erhalten rund 600 Kr. weniger. Bei den Kolleginnen, sofern sie Angelerinnen oder Punkterinnen sind, schwankt der Wochenlohn zwischen 1950 und 2000 Kr. in Wien. Alle sonstigen Hilfsarbeiterinnen bekommen 1216 Kr. Bei der Entwertung der österreichischen Krone bedeuten die augenscheinlich hohen Summen natürlich wenig. Unseren Kollegen und Kolleginnen in Deutschland geht es in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso schlecht wie uns.

Der Weise und die neun Narren. Es war einmal ein Weiser, der war so dumm, daß er nicht begreifen konnte, wieso die Aktien stiegen, während die Mark sank. Da kamen neun Narren und riefen: „Die Sache ist doch ganz einfach. Wenn die Devisen steigen, wollen die Leute ihre Papiernark los werden und kaufen um jeden Preis Aktien, denn das sind ja Goldwerte.“ Nach ein paar Wochen stürzten die Aktien, die Mark aber sank weiter. Da ging der Weise zu den neun Narren und fragte sie, wie das läme. Die aber sagten: „Die Sache ist doch ganz einfach. Wenn die Devisen steigen, wird alles teurer; da brauchen die Leute mehr Geld und müssen ihre Aktien verkaufen.“ Der Weise erwiderte: „Vor ein paar Wochen habt Ihr ganz anders gesprochen.“ Da wurden die neun Narren böse und schafften ihn einen Pfefferkaffee.

Würde ich ein Märchen schreiben, so könnte ich hier aufzählen. Da ich aber eine wahre Geschichte erzählen muß, ich hinzufügen, daß der Weise leider, leider am Tage vor dem Kurzsturz selbst Aktien gekauft hatte.

Dr. R. Kuczynski.

## Abrechnungen

Abrechnungen für das dritte Quartal 1921 haben eingelangt:

Gau 4a: Ansbach 1421.90, Bamberg 441.95, Bayreuth 1155.85, Erlangen 275.85, Hof a. d. S. 478.50, Koburg 274.55, Kulmbach 239.70, Nürnberg 25 756.20, Sulzbach 217.60, Würzburg 3579.75, Einzelmitglieder 259.30 Mk.

Gau 6: Altenburg 5134.75, Cöthen 1114.93, Eisenach 696.70, Erfurt 3966.40, Gera 3497.22, Gotha 1547.30, Greiz 505.—, Halle 7944.25, Sülzburgerhaufen 190.83, Jena 661.90, Langenliala 364.03, Mühlhausen 432.30, Naumburg 844.88, Pößneck 2405.60, Rühlstadt 1075.38, Saalfeld 4259.56, Weimar 891.25, Zeit 1493.80, Einzelzahler 260.60 Mk. S. P o b a h t.

## Anzeigen

**Zahlstelle Leipzig.**

**Achtung! Steinschleifer, Zinkschleifer!**

Dienstag, den 8. November, nach Geschäftsschluß Versammlung im Pantheon (Gaststube), Dresdenerstraße 20.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Schlichterkommission.  
Z. A.: Arthur Müller.

## Sterbetafel



Nach kurzem Krankenlager starb unerwartet unsere wertige Kollegin

**Selma Fiedler**

(i. Fa. „Neueste Nachrichten“)

im blühenden Alter von 21 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Breslau.

Am 16. Oktober verstarb nach längerer Krankheit unsere liebe Kollegin

**Anna Freil**

(i. Fa. Union)

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr Die Zahlstelle Stuttgart.

Am 16. Oktober verstarb unser wertiger Kollege

**Karl Neumann**

(i. Fa. „Breslauer Morgen-Zeitung“)

im Alter von 54 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.